

**//PRESSEINFORMATION//**

42/2022

28. September 2022

## **GEW fordert Aktionsplan gegen Lehrkräftemangel**

### **Endlich Lösungen diskutieren!**

**Saarbrücken** – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Saarland, fordert die Akteure der Bildungspolitik auf, gemeinsam einen Aktionsplan gegen Lehrkräftemangel zu entwickeln. Die Bildungsgewerkschaft weist seit Schuljahresbeginn auf den Mangel hin und erhält immer mehr Rückmeldungen aus den Schulen über zu wenig Personalreserven und auch vermehrt über Unterrichtsausfall. „Das Problem ist in allen Schulformen vorhanden. Doch nur das Problem zu diskutieren bringt die Kolleg:innen vor Ort nicht weiter. Es braucht einen abgestimmten Aktionsplan mit Lösungen, der sowohl kurzfristige wie langfristige Maßnahmen beinhaltet,“ mahnt der Landesvorsitzende Max Hewer.

Die Bildungsgewerkschaft GEW sieht zum einen den Teufelskreis aus verschärften Arbeitsbedingungen, ausgelöst durch Personalmangel, der wieder die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert. Diesen gilt es zu durchbrechen.

Als kurz- und mittelfristige Maßnahmen braucht es ein begrenztes Programm zum Quer- und Seiteneinstieg, ausschließlich um den Bedarf an Mangelfächern abdecken zu können. Dies muss für wenige Jahre aufgelegt werden, um konkret Abhilfe schaffen zu können. Außerdem muss dort, wo Mehrarbeit anfällt, diese besser und schneller vergütet werden. Zudem müssen Modelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt werden, um Teilzeitkräften die Möglichkeit der Aufstockung zu erleichtern, bspw. wären hier Entlastungen bei außerunterrichtlichen Aufgaben möglich. Ebenso muss das Saarland dringend die „rote Laterne“ bei der Beamtenbesoldung abgeben und bessere Aufstiegsperspektiven für die Kolleg:innen vor Ort schaffen.

Die Forderung nach mehr Planstellen hat der GEW zufolge weiter Priorität, dies hilft um Bewerber:innen im Land zu halten. Das Problem steckt aber vielmehr in der generell zu geringen Anzahl an Bewerber:innen und damit auch einer begrenzten Fächerabdeckung. Dies betrifft beispielsweise berufliche Fächer sowie vor allem Kunst und Musik an allgemeinbildenden Schulen.

Langfristig müssen daher viele Maßnahmen der Lehrkräftegewinnung auf den Prüfstand. Zum einen betrifft dies die Ausbildungskapazitäten, zum anderen aber auch die bedarfsgerechte Ausbildung. Dazu gehört für die Bildungsgewerkschaft klar ein eigener Lehrstuhl für Inklusion im Land, um Förderschullehrkräfte selbst ausbilden zu können.

„Der Lehrkräftemangel betrifft alle Bundesländer, auch die meisten Länder Europas. Der Druck ist daher groß und wir sind bereit konstruktiv an Lösungen zu arbeiten. Gleichzeitig fordern wir klare Haltelinien. Eine Erhöhung der Pflichtstunden und Vergrößerungen von Klassen sind für uns tabu,“ so der Landesvorsitzende Max Hewer abschließend. ■

